

Aktuell

Sicherheitspolitik:

Heimische Rüstungsindustrie ist von Bedeutung für die nationale Sicherheit

asuw-Sessionsanlass:

Politik, Verwaltung und Industrie im Dialog

Exportregime:

Demokratische Entscheide respektieren

Sicherheitspolitik

Unabhängigkeit bedingt eigene Industriekapazitäten

Die Sicherheits- und Wehrtechnik-Industrie ist ein wichtiger Pfeiler der unabhängigen Schweizer Sicherheitspolitik. Sie sorgt dafür, dass Armee, Polizeikorps und private Sicherheitsfirmen für ihren Einsatz zugunsten der Bevölkerung gut ausgerüstet sind.

«Die Aufrechterhaltung einer industriellen Kapazität bei der Schweizer Rüstungsindustrie ist von Bedeutung für die nationale Sicherheit», heisst es im Sicherheitspolitischen Bericht 2010. Zahlreiche weitere offizielle Dokumente unterstreichen die Wichtigkeit einer einheimischen Wehrtechnik-Industrie. Auch das Schweizervolk hat sich mehrfach für den Erhalt einer leistungsfähigen Sicherheitsindustrie ausgesprochen – zuletzt mit dem klaren Nein

zur GSoA-Exportverbots-Initiative im November 2009.

Material schützt unsere Miliz

Doch worin liegt genau die Bedeutung einer eigenen Industriebasis? Als Beispiel dient die Armee, der prominenteste Erbringer von Sicherheit. Die Qualität der Armee hängt von einer Reihe von Faktoren wie dem Personal, der Doktrin, der Ausbildung, der Organisation und – dem Material ab. Die



Eine heimische Wehrtechnik-Industrie stärkt die nationale Sicherheit und ermöglicht militärisch-zivilen Technologietransfer. Hier im Bild eine PC-21 der Pilatus Flugzeugwerke AG bei der Fertigstellung.

Editorial



Export: Mehr Spielraum für den Bundesrat

Kürzlich war in den Medien zu lesen, dass Bundesrat Schneider-Ammann die Kriegsmaterialverordnung (KMV) und damit die Bewilligungskriterien für Exporte lockern wolle. Der Tages-Anzeiger sprach von einem «Zuckerbrot für die Rüstungsindustrie». Tatsächlich liegen aber noch keine konkreten Vorschläge vor, zu denen man Stellung nehmen könnte.

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) hat sich aber immer dafür eingesetzt, dass die Schweizer Industrie im Vergleich mit der europäischen Konkurrenz nicht benachteiligt wird. Und dass über Ausfuhrgesuche fallweise, in einer gesamtheitlichen politischen Beurteilung entschieden wird. Dies ist mit der aktuellen Verordnung kaum möglich. Zwingende Ausschlusskriterien schränken den Handlungsspielraum des Bundesrats zu sehr ein. Eine allfällige Revision der KMV muss hier ansetzen.

Corina Eichenberger
Nationalrätin, Co-Präsidentin asuw

Fortsetzung Artikel Seite 1

Armee und die in ihr Dienst leistenden Bürgerinnen und Bürger haben Anrecht auf das Material, das am besten geeignet ist, ihre Aufgaben erfolgreich zu erfüllen. Neben dem Einsatzerfolg hängt in letzter Konsequenz auch das Leben der Soldaten von der Qualität des Materials ab. Die traditionsreiche Schweizer Rüstungsindustrie ist denn auch auf vielen Gebieten der internationalen Konkurrenz ebenbürtig und in Nischenbereichen sogar Marktführer.

Natürlich ist für einen kleinen Staat wie die Schweiz eine wehrtechnische Selbstversorgung weder realistisch noch erstrebenswert. Aber auch ohne Autarkie anzustreben, stärkt eine starke einheimische Wehrtechnik-Industrie die nationale Sicherheit. Erstens sinkt mit einem gewissen Selbstversorgungsgrad die Abhängigkeit der Schweiz von anderen Staaten und ausländischen Unternehmen. Zweitens wird dadurch eine einseitige Abhängigkeit durch gegenseitige Abhängigkeiten ersetzt, was die Handlungsfreiheit der Schweiz erhöht.

Aufwuchs bedingt industrielle Kapazität

In den letzten Jahren wurde die Schweizer Armee zunehmend auf die wahrscheinlichsten Einsätze ausgerichtet, die klassische Landesverteidigung verlor etwas an Bedeutung. Die Bedeutung einer heimischen Wehrtechnikindustrie ist mit dem so genannten «Aufwuchskonzept» noch gestiegen. Dieses sieht vor, dass die Armee nicht mehr ständig eine vollständige Fähigkeit für die Abwehr eines militärischen Angriffs aufrecht erhält (*pouvoir-faire*). Stattdessen beschränkt sie sich darauf, die zu diesem Zweck nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu erhalten und weiterzuentwickeln (*savoir-faire*).

Diese Fähigkeitslücken müssen allerdings rechtzeitig geschlossen werden können, wenn sich eine militärische Bedrohung abzeichnet. Neben einer vorausschauenden Planung und einem zeitgerechten Beschaffungsentscheid braucht es dazu industrielle Kapazitäten

mit genügend breiter Technologiebasis. Ziel muss es sein, eine minimale, in unverzichtbaren Kernbereichen aber maximale materielle Autonomie aufrecht zu erhalten. Auch hier gilt: je grösser das eigene Know-how, desto kleiner die Abhängigkeit von ausländischen Industrien und Staaten.

Nicht nur für Beschaffungen

Nicht nur für Beschaffungen in Krisenzeiten ist die Schweizer Sicherheitsindustrie wichtig. Es geht auch um den Erhalt von Systemwissen, um vertiefte rüstungstechnische Kenntnisse und Fähigkeiten. Dieses kommt nicht nur bei neuen Beschaffungsvorhaben zum Tragen, sondern auch bei der Ausbildung, bei der Bereitstellung und beim Unterhalt der bestehenden, komplexen Systeme. Und schliesslich profitiert vom militärisch-zivilen Technologietransfer der gesamte Industriestandort Schweiz.

asuw mit neuem Co-Präsidium

Nach langjährigem und erfolgreichem Engagement sind alt Nationalrätin Sylvie Perrinjaquet und alt Ständerat Bruno Frick aus dem Co-Präsidium des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) zurückgetreten. Das Co-Präsidium besteht neu aus Nationalrätin Corina Eichenberger (FDP/AG), Nationalrat Jean-François Rime (SVP/FR) und Ständerat Paul Niederberger (CVP/NW). Der asuw dankt den alten und den neuen Co-Präsidenten für ihren Einsatz.



Nationalrätin Corina Eichenberger



Nationalrat Jean-François Rime



Ständerat Paul Niederberger

Sessionsanlass des asuw vom 13. Juni 2012

Politik, Verwaltung und Industrie im Dialog



Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, Direktorin des SECO, referierte über die Schweizer Rüstungsindustrie im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Politik.

Trotz ihrer sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Bedeutung für die Schweiz stösst die Rüstungsindustrie in der Öffentlichkeit und in den Medien oft auf unbegründete Kritik. Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) thematisierte dieses Spannungsfeld an einem Informationsanlass während der Sommersession des Parlaments. «Rüstungsgüter geben

einer Gesellschaft auch Sicherheit», sagte Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, Direktorin des SECO. Doch müsse man aufpassen, dass durch eine missbräuchliche Verwendung das Ziel der Sicherheit nicht in Frage gestellt werde. Die Schweizer Exportkontrollpolitik sei deshalb auf die Missbrauchsverhinderung und nicht etwa auf generelle Verbote ausgerichtet.

Peter Kupferschmied, Entwicklungsleiter bei der auf Vibrationskontrollsysteme für die Luft- und Raumfahrt spezialisierten Meggitt Sensing Systems in Fribourg, erläuterte die Bedeutung des Exportregimes für zivil und militärisch verwendbare Produkte: «Auch wenn der militärische Bereich bei Meggitt nur 10 Prozent des Gesamtumsatzes ausmacht, betrifft jede Ausfuhrbeschränkung unweigerlich auch unser ziviles Geschäft.» Kein Kunde könne separate Entwicklungskosten für zivile und militärische Produkte finanzieren.

Die Rheinmetall Air Defence AG in Zürich stellt Flugabwehrsysteme, etwa zum Schutz kritischer Infrastruktur her. Fabian Ochsner, Vice President Marketing and Product Management, kritisierte die teilweise scheinheilige Haltung der Schweiz gegenüber Ländern des Mittleren Ostens: «Wie ist es zu begründen, dass wir nach Saudi-Arabien Technologien zur Ölförderung exportieren und gleichzeitig nicht zulassen, dass diese durch Defensivwaffen auch geschützt werden können?»

In der anschliessenden Diskussion herrschte Einigkeit über die Wichtigkeit der Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnik-Industrie. Um überleben zu können, sei sie auf Exportmöglichkeiten und damit auf verlässliche Bewilligungskriterien angewiesen, welche sich an den europäischen Partnerstaaten orientierten.

Handgranaten in Syrien

Industrie respektiert strenges Exportregime

Gemäss Medienberichten sind Handgranaten der RUAG nach Syrien gelangt. Möglicherweise sind die legal exportierten Granaten über den Empfängerstaat an Dritte weitergeleitet worden. Zurzeit laufen die Abklärungen des Volkswirtschaftsdepartements, respektive des SECO. Zudem haben die Schweiz und die Vereinigten Arabischen Emirate

(VAE) eine gemeinsame Untersuchungskommission eingesetzt.

Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich nur festhalten, dass die Schweizer Wehrtechnik-Industrie die strenge Schweizer Gesetzgebung mitträgt und vollumfänglich einhält. Die seltenen Fälle missbräuchlicher Weitergabe von

exportierten Gütern sind bedauerlich, lassen sich aber weder bei wehrtechnischen noch bei allen anderen Arten von Exportgütern ausschliessen. Eine Verschärfung der Gesetzgebung oder der Bewilligungspraxis würde die Falschen bestrafen – nämlich korrekt handelnde Schweizer High-Tech-Unternehmen.

Exporte in arabische Staaten

Demokratische Entscheide respektieren

Parlamentarische Vorstösse sind ein Mittel, mit denen die gewählten Volksvertreter direkt und persönlich auf die Gesetzgebung und die Verwaltungstätigkeit einwirken können. Sie sind für das Funktionieren einer halbdirekten Demokratie wie der schweizerischen unerlässlich. Wenn aber die Gegner von Wehrtechnik-Exporten quasi im Monatsrhythmus die gleichen Anliegen immer wieder neu einreichen, ist dies äusserst fragwürdig. Es scheint, als ginge es diesen Parlamentariern vor allem darum, die Verwaltung zu

beschäftigen, einen Dauerwahlkampf zu betreiben und der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) Aufmerksamkeit zu generieren.

So haben links-grüne Parlamentarier allein seit 2011 sechs Vorstösse eingereicht, welche Exportverbote in islamische oder «autoritäre» Staaten fordern. Alle wurden vom Bundesrat und/oder vom Nationalrat klar abgelehnt – zuletzt eine Motion von alt Nationalrat Josef Lang mit 101 zu 54 Stimmen. Regierung und Parlaments-

mehrheit sind zu Recht der Meinung, dass Ausfuhrgesuche fallweise nach den strengen Regeln der Schweizer Exportgesetzgebung beurteilt werden sollen. Eine gesamtheitliche Beurteilung muss neben den aussenpolitischen Grundsätzen und internationalen Verpflichtungen der Schweiz auch wirtschaftliche und sicherheitspolitische Erwägungen umfassen. Pauschale Exportverbote für bestimmte Staaten oder eine ganze Region sind abzulehnen.

Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw)

Wer sind wir?

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) ist eine Interessengruppe für die Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnik-Industrie. Ihm gehören über sechzig Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an.

Was wollen wir?

Die Mitglieder des Arbeitskreises haben eine realistische und glaubwürdige Sicherheitspolitik zum Ziel. Sie wollen dazu beitragen, die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Bedeutung einer adäquaten Schweizer Wehrtechnik-Industriebasis im Bewusstsein von Gesellschaft und Politik zu verankern. Und sie setzen sich für gesetzgeberische und politische Rahmenbedingungen ein, die der Industrie eine wirtschaftliche Existenz in der Schweiz ermöglichen. Dazu gehört insbesondere ein Exportregime, das sich an den Regeln und der Praxis der europäischen Partnerstaaten orientiert.

Was machen wir?

Der asuw gibt Publikationen, Mediencommuniqués und Argumentarien heraus, führt Informationsveranstaltungen durch und fördert den Kontakt zwischen Politik, Verwaltung und Industrie.

Herausgeber

Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw),
Postfach 65, 8024 Zürich
Internet: www.asuw.ch, E-Mail: info@asuw.ch
Telefon: 044 266 67 46, Fax: 044 266 67 00

Unser Co-Präsidium

Corina Eichenberger, Nationalrätin FDP, AG
Jean-François Rime, Nationalrat SVP, FR
Paul Niederberger, Ständerat CVP, NW

Unsere Mitglieder

Hans Altherr, Ständerat FDP, AR
Isidor Baumann, Ständerat CVP, UR
J. Alexander Baumann, alt Nationalrat SVP, TG
Roland Beck, ehem. Chefredaktor ASMZ
Stephan Bieri, ehem. Vizepräsident ETH-Rat
Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)
Markus Blass, Vizepräsident SOGART
Peter Briner, alt Ständerat FDP, SH
Martine Brunschwig Graf, alt Nationalrätin FDP, GE
Yannick Buttet, Nationalrat CVP, VS
Jakob Büchler, Nationalrat CVP, SG
Rolf Büttiker, alt Ständerat FDP, SO
Hermann Bürgi, alt Ständerat SVP, TG
Hervé De Weck, ehem. Chefredaktor RMS
Peter Dietrich, Direktor Swissmem
Josef Dittli, Regierungsrat FDP, UR
Corina Eichenberger, Nationalrätin FDP, AG
Eduard Engelberger, alt Nationalrat FDP, NW
Charles Favre, alt Nationalrat FDP, VD
Peter Forster, Chefredaktor Schweizer Soldat
Jean-René Fournier, Ständerat CVP, VS
Sebastian Frehner, Nationalrat SVP, BS
Bruno Frick, alt Ständerat CVP, SZ
Andrea Martina Geissbühler, Nationalrätin SVP, BE
Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin CVP, LU
Alois Gmür, Nationalrat CVP, SZ
Ursula Haller, Nationalrätin BDP, BE
Ernst Hasler, alt Regierungsrat SVP, AG
Brigitte Häberli-Koller, Ständerätin CVP, TG
Hans Hess, Ständerat FDP, OW
Lorenz Hess, Nationalrat BDP, BE
Stefan Hostenstein, Vizepräsident GGStOf

Gabi Huber, Nationalrätin FDP, UR
Thomas Hurter, Nationalrat SVP, SH
Markus Hutter, Nationalrat FDP, ZH
Robert Keller, alt Nationalrat SVP, ZH
Alex Kuprecht, Ständerat SVP, SZ
Daniel Lätsch, Kommandant Generalstabsschule
Arthur Liener, Generalstabschef a D
Filippo Lombardi, Ständerat CVP, TI
Peter Malama, Nationalrat FDP, BS
Alfred Markwalder, ehem. Rüstungschef
Werner Messmer, alt Nationalrat FDP, TG
Christian Miesch, alt Nationalrat SVP, BL
Walter Müller, Nationalrat FDP, SG
Paul Niederberger, Ständerat CVP, NW
Guy Parmelin, Nationalrat SVP, VD
Sylvie Perrinjaquet, alt Nationalrätin FDP, NE
Bruno Pezzatti, Nationalrat FDP, ZG
Urs Ramseier, ehem. Präsident Schweizerische Gesellschaft Technik und Armee (STA)
Stéphane Rezso, Unternehmer
Urs Rinderknecht, Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW)
Jean-François Rime, Nationalrat SVP, FR
Marco Romano, Nationalrat CVP, TI
Ulrich Schläpfer, alt Nationalrat SVP, ZH
Martin Schmid, Ständerat FDP, GR
Carlo Schmid-Sutter, alt Ständerat CDP, AI
Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP, BL
Pius Segmüller, alt Nationalrat CVP, LU
Luzi Stamm, Nationalrat SVP, AG
Philippe Stähelin, alt Ständerat CVP, TG
Albert Vitali, Nationalrat FDP, LU
Hansruedi Wandfluh, Nationalrat SVP, BE
Christian Wasserfallen, Nationalrat FDP, BE